

2.2.4. Die Verhinderung einer demokratischen Entwicklung in den Westzonen. Die Spaltung Deutschlands durch die Politik der deutschen und ausländischen Imperialisten

Der Kampf um die Entmachtung des Monopolkapitals, um eine Bestrafung der Kriegsverbrecher und aktiven Faschisten, um eine demokratische Bodenreform entfaltete sich auch in den westlichen Besatzungszonen. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und demokratisch gesinnte Kräfte setzten sich für die historisch notwendige antifaschistisch-demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Westzonen ein. Ihr Kampf fand jedoch unter schwierigeren Bedingungen als in der sowjetischen Besatzungszone statt. Die imperialistischen Besatzungs-

mächte unterstützten zu diesem Zeitpunkt immer offener die Wiederherstellung der Macht der deutschen Monopolbourgeoisie. Das Potsdamer Abkommen wurde gar nicht oder nur zum zernvertreter und frühere Beamte beherrschten den Verwaltungsapparat. Von der Spaltung der Arbeiterklasse begünstigt, gingen bei den ersten Wahlen im Frühjahr 1947 in den meisten Ländern der Westzonen CDU beziehungsweise CSU als stärkste Parteien hervor. Sie traten für eine Restauration der Monopolherrschaft ein.

Am Ende des Jahres 1946 erlebte der antifaschistisch-demokratische Kampf in den Westzonen einen neuen Aufschwung. So fand am 1. Dezember 1946 in Hessen ein Volksentscheid statt, bei dem über eine neue Verfassung abgestimmt wurde. Der Verfassungsentwurf enthielt solche Bestimmungen wie die über eine Bodenreform und über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. 76,7 Prozent der Wähler sprachen sich für die Verfassung aus.

Der Artikel 41 sah die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum vor: 71,9 Prozent der Wähler erklärten ihr Einverständnis mit diesem Artikel, über den gesondert abgestimmt wurde. Trotz des eindeutigen Volksentscheides gelang es der imperialistischen Reaktion, seine Verwirklichung zu verhindern. Den Wünschen der Konzern- und Bankherren Rechnung tragend, veröffentlichte die amerikanische Militärregierung verschiedene Erklärungen, die den Artikel 41 außer Kraft setzten. Praktisch kam dies einem Verbot seiner Durchführung gleich.

Ähnlich ging die britische Militärregierung vor. Durch ihren Einspruch verhinderte sie die Verwirklichung eines Gesetzes zur Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie und des Verkehrswesens in Schleswig-Holstein, später verbot sie die Durchführung eines Gesetzes zur Enteignung des Kohlebergbaus in Nordrhein-Westfalen. So versagten sie der Bevölkerung der Westzonen das Recht, im Sinne des Potsdamer Abkommens über ihre gesellschaftliche Ordnung selbst zu bestimmen.

Die Aktivierung der Werktätigen in den Westzonen gefährdete die Absichten der ausländischen und deutschen Monopolbourgeoisie, die Macht des Imperialismus zu restaurieren.

Während diese Kräfte einerseits mit Unterstützung der imperialistischen Westmächte und mit Hilfe rechter SPD-Führer die Aktionseinheit der Arbeiter verhinderten, nahmen sie andererseits Kurs auf die politische und wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Die deutschen Monopolkapitalisten hofften, wenigstens in den drei Westzonen ihre Macht wiedererrichten zu können. Gestützt auf ihre Bindungen an das imperialistische System, wollten sie diesen Teil Deutschlands später zum Ausgangspunkt neuer Aggressionen machen, um die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren. Schon am 5. Oktober 1945 hatte der spätere Bundeskanzler der BRD, Konrad Adenauer, seinen Wunsch erklärt, sofort „aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden“. Hier trafen sich die Interessen der imperialistischen Besatzungsmächte mit denen des deutschen Monopolkapitals.

Der erste Schritt zur staatlichen Spaltung Deutschlands war der Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur Bi-Zone am 1. Januar 1947. Der Ende Mai 1947 von den USA und Großbritannien berufene Bi-Zonen-Wirtschaftsrat setzte sich aus Vertretern großer Konzerne und Banken zusammen und stellte eine Vorstufe der späteren westdeutschen Separatregierung dar.

Rechte SPD- und Gewerkschaftsführer in den Westzonen gingen mit antimonopolistischen Forderungen und anderen radikalen Losungen zum Schein auf den Wunsch der Werktätigen nach demokratischen Veränderungen ein. Gleichzeitig lehnten die Gewerkschaftsführer Streiks und Demonstrationen mit der Begründung ab, diese würden die Not nur noch vergrößern. Sie bekämpften die Kommunisten und alle Bemühungen, die Einheit der Arbeiterklasse auch in den Westzonen herzustellen. Es wurde immer deutlicher, daß ihre Politik die Machtgrundlagen des Imperialismus retten sollte.

1947 erreichte der Kampf des deutschen Volkes um die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen deutschen Staates gegen die imperialistische Spaltungspolitik einen Höhepunkt. Angesichts der gemeinsamen Taktik der Westmächte und führender bürgerlicher Politiker in den Westzonen, die Bevölkerung von dem ihr im Potsdamer Abkommen



Blick auf das Präsidium des 1. Deutschen Volkskongresses mit Otto Nuschke, Dr. Wilhelm Külz, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht (von rechts nach links)

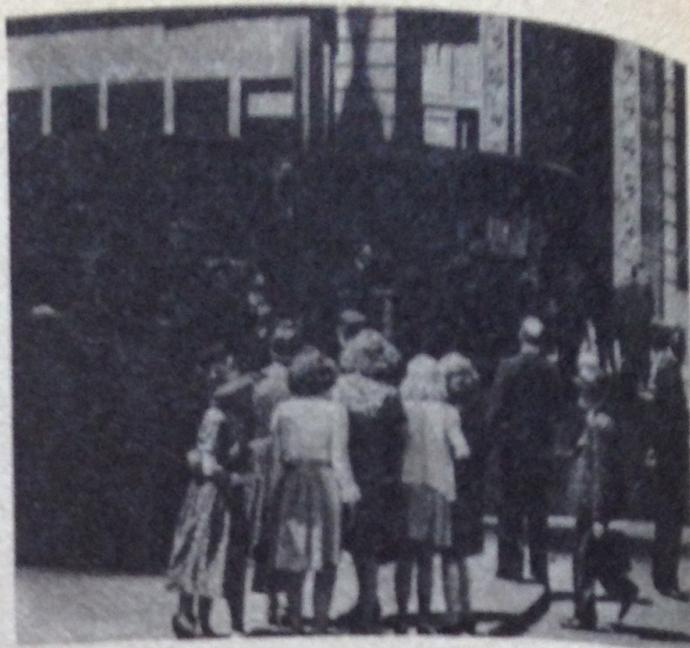
zugesicherten Selbstbestimmungsrecht auszuschließen und vor vollendete Tatsachen zu stellen, forderte die SED das deutsche Volk zur Selbsthilfe auf. Am 16. November 1947 beschloß der Parteivorstand der SED einen „Aufruf zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“. Der Appell fand in allen Besatzungszonen ein großes Echo. Der 1. Deutsche Volkskongreß trat am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin zusammen. An ihm nahmen 2215 Delegierte teil, unter ihnen mehr als 650 Delegierte der Westzonen. In seiner politischen und sozialen Zusammensetzung verkörperte der Kongreß die erste gesamtdeutsche überparteiliche Vertretung des deutschen Volkes.

Am 17. und 18. März 1948 trat der 2. Deutsche Volkskongreß in Berlin zusammen. Er wählte den Deutschen Volksrat, der zwischen den Kongressen als beratendes und beschließendes Organ fungieren sollte. Vorsitzende seines Präsidiums waren Wilhelm Pieck (SED), Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Külz (LDPD). 14 776 000 Bürger, darunter 1,5 Millionen aus den Westzonen, nahmen an einem Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit

Deutschlands teil. Die Volkskongreßbewegung entwickelte sich rasch zu einer antifaschistisch-demokratischen Massenbewegung unter Führung der Arbeiterklasse, die ihre entscheidende Grundlage in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der sowjetischen Besatzungszone hatte. Sie wurde in den westlichen Besatzungszonen auf Betreiben rechter SPD-Führer behindert und verboten. Trotz dieser Willensbekundungen zur Schaffung eines einheitlichen demokratischen deutschen Staates setzten die reaktionären Kräfte ihre Politik fort, die Westzonen in das imperialistische Pakt-system einzugliedern und sie als Bollwerk des „kalten Krieges“ auszubauen. Vom 23. Februar bis 2. Juni 1948 tagte — mit Unterbrechung — in London eine **Konferenz imperialistischer Mächte**. Dort wurde die Bildung eines westdeutschen Staates und seine Zugehörigkeit zum imperialistischen Bündnissystem beschlossen. Dieser Beschluß stellte den bis dahin schwersten Bruch des Potsdamer Abkommens dar und war ein entscheidender Schritt zur Spaltung Deutschlands. Reaktionäre bürgerliche und sozialdemokratische Politiker begannen im Einverständnis mit den Westmächten, die Bildung eines Separatstaates unmittelbar vorzubereiten. Als die Sowjetunion im Alliierten Kontrollrat von den Vertretern der Westmächte Auskunft über die Londoner Beratungen forderte, lehnten diese jede Information ab und brachten damit die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates am 23. März 1948 zum Erliegen.

Mit dem Anschluß des französischen Besatzungsgebietes an die Bi-Zone im Sommer 1948 entstand — auf dem Wege zum Separatstaat — die **Tri-Zone**.

Am 20. Juni 1948 führten die Westmächte in ihren Besatzungszonen eine **Währungsreform** durch. Die separate Währung wurde kurz darauf auch in den Westsektoren Berlins eingeführt. Die Währungsreform war als Maßnahme zur Ausraubung der sowjetischen Besatzungszone vorgesehen. Mit ihrer Hilfe konnte sich ferner die Großbourgeoisie in den Westzonen bereichern, während viele Werktätige ihre Ersparnisse verloren. Mit der separaten Währungsreform wurde die **wirtschaftliche Spaltung Deutschlands vollzogen**. Sie schuf darüber hinaus die finanzpolitischen Voraussetzungen für die



Am 20. Juni 1948 wird in den westlichen Besatzungszonen die separate Währungsreform durchgeführt. Die Aufnahme wurde vor einer Bank in Hamburg gemacht

Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan.

Am 1. Juli 1948 erhielten die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die *Londoner Empfehlungen* als bindende Direktive der drei Militärgouverneure überreicht. Sie befahl den Zusammentritt einer verfassunggebenden Versammlung — eines **Parlamentarischen Rates** — ohne Wahlen. Des weiteren enthielt sie die Weisung, daß die Verfassung des westdeutschen Staates nur im Rahmen eines **Besatzungsstatuts** der imperialistischen Mächte Gültigkeit erlangen wird. Eine *Vorbehaltsklausel* sollte den westlichen Besatzungsmächten das Recht sichern, jederzeit eine Militärdiktatur zu errichten. Unter Vorsitz Adenauers konstituierte sich am 1. September 1948 in Frankfurt (Main) der **Parlamentarische Rat**. In aller Eile arbeitete er nach den Weisungen der westlichen Militärgouverneure für die Westzonen eine **Separatverfassung** aus, die den Namen „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) erhielt. Dieses Grundgesetz, das ohne die Mitwirkung des deutschen Volkes zustande gekommen war, verabschiedete der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949. Die KPD sprach sich gegen das Grundgesetz aus, „weil es die Spaltung Deutschlands bedeutet“. Am 23. Mai 1949 setzten die Militärgouverneure der drei Westmächte das Grundgesetz in Kraft. Sie do-

argumentierten damit, daß der westdeutsche Separatstaat ohne Befragung des Volkes, im Komplott von ausländischen und westdeutschen Monopolkapitalisten, entstanden war.

In der gleichen Zeit, als der Parlamentarische Rat seine Arbeit aufnahm, vollendete die deutsche Reaktion mit Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte auch die Spaltung Berlins. Am 6. September 1948 zog die Mehrheit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten aus dem Stadthaus aus und tagte in Westberlin als Rumpfparlament.

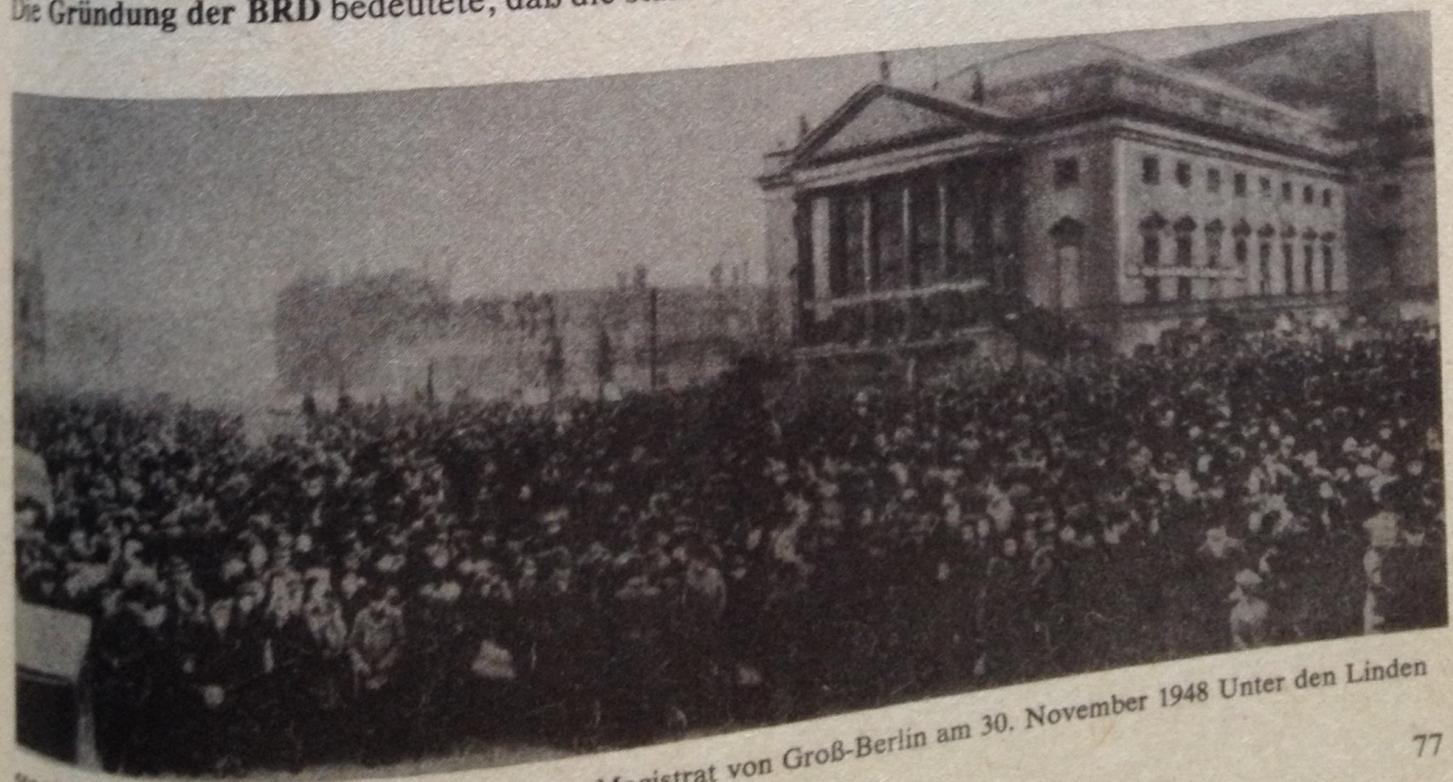
Die fortschrittlichen Berliner Stadt- und Bezirksverordneten und Tausende Werktätige aus allen Teilen der Stadt beantworteten die Spaltung mit der Wahl eines demokratischen Magistrats. Zum Oberbürgermeister wurde Friedrich Ebert gewählt. Damit bekundeten sie ihre Entschlossenheit, auch in der Hauptstadt den antifaschistisch-demokratischen Weg fortzusetzen. Am 2. Dezember 1948 wurde der demokratische Magistrat vom sowjetischen Militärkommandanten als rechtmäßiges Stadtverwaltungsorgan anerkannt.

Nach Inkrafttreten des Grundgesetzes fanden in den westlichen Besatzungszonen am 14. August 1949 Wahlen zum Bundestag statt. Stärkste Fraktion im Bundestag wurde die CDU/CSU. Diese Tatsache erleichterte es den imperialistischen Kräften, ihr Werk zu Ende zu führen. Die Gründung der BRD bedeutete, daß die staat-

Die wichtigsten Etappen der imperialistischen Spaltung Deutschlands

Januar 1947	Bildung der Bizone
Mai 1947	Bildung des Wirtschaftsrates der Bi-Zone
September 1947	Beschluß über die Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan
Juni 1948	Londoner Empfehlungen • Separate Währungsreform in den Westzonen und den Westsektoren Berlins
September 1948	Bildung der Tri-Zone Konstituierung des nichtgewählten Parlamentarischen Rates
Mai 1949	Verabschiedung des Grundgesetzes für die BRD ohne Mitwirkung des deutschen Volkes
September 1949	Wahl Adenauers zum Bundeskanzler mit einer Stimme Mehrheit Bildung der Regierung der BRD Inkrafttreten des Besatzungsstatutes für die BRD

liche Spaltung Deutschlands vollzogen war. Dieser Staat entstand unter Bruch des Potsdamer Abkommens und war das Ergebnis des volksfeindlichen Vorgehens der imperialisti-



300 000 Berliner begrüßen den demokratischen Magistrat von Groß-Berlin am 30. November 1948 Unter den Linden

schen Westmächte, insbesondere der USA, und des deutschen Monopolkapitals. Die innen- und außenpolitischen Ziele der BRD widerspiegeln die Klasseninteressen des Monopolkapitals. Sie wurden vom Haß gegen die Sowjetunion, den Sozialismus und alle demokratischen Bewegungen geprägt.

● *Bewerten Sie die Schritte zur Spaltung Deutschlands als Bestandteil der Politik des kalten Krieges!*

Zusammenfassung

— Die Vereinigung der KPD und der SPD zur SED am 21./22. 4. 1946 war das Ergebnis des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung zur Wiederherstellung ihrer Einheit auf revolutionärer Grundlage. Die Gründung der SED war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes seit der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes und der Gründung der KPD. Sie war ein historischer Sieg der deutschen Arbeiterklasse und des Marxismus-Leninismus über den Opportunismus und damit über den deutschen Imperialismus. Die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei auf revolutionärer Grundlage war die wichtigste Voraussetzung für das Voranschreiten der deutschen Arbeiterklasse auf dem Wege zum Sozialismus. — In der sowjetischen Besatzungszone wurden von den zusammenwirkenden antifaschistisch-demokratischen Kräften unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse entscheidende Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gelöst. Wesentlicher Inhalt der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung waren die demokratischen Reformen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone war ein Bestandteil des revolutionären

Weltprozesses, besonders jener Revolutionen in mehreren Ländern Europas und Asiens, die zur Herausbildung des sozialistischen Weltsystems führten. Von gewaltigem Wert war die uneigennützige Hilfe, die die UdSSR dem deutschen Volk zu diesem Zeitpunkt gewährte. — Die Kräfte des internationalen und des deutschen Monopolkapitals scheuten die Auseinandersetzung um die Zukunft des deutschen Volkes in einem einheitlichen demokratischen Staat und spalteten deshalb Deutschland. Die BRD, die 1949 unter Bruch des Potsdamer Abkommens entstand, war das Ergebnis dieser volksfeindlichen Politik der imperialistischen Westmächte, vor allem der USA, und des deutschen Monopolkapitals. Mit der Schaffung der BRD und ihrer Unterordnung unter den USA-Imperialismus stellte das Monopolkapital in der BRD mit Unterstützung rechtsopportunistischer Führer entscheidende Bedingungen her, um die kapitalistischen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse in diesem Territorium zu erhalten.

Merkmale

Herbst 1945	Demokratische Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone
21./22.4. 1946	Vereinigungsparteitag der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — Wahl Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls zu Vorsitzenden der Partei
1946	Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher
1946	Demokratische Schulreform in der sowjetischen Besatzungszone
1948	Spaltung Berlins
1949	Spaltung Deutschlands durch die Bildung der BRD